

Abrahamson, George

Article — Digitized Version

Entwicklungsgebiete in Großbritannien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Abrahamson, George (1962) : Entwicklungsgebiete in Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 12, pp. 545-549

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133269>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

„Entwicklungsgebiete“ in Großbritannien

Dr. George Abrahamson, London

Gewisse Gebiete Großbritanniens gelten seit dem Krieg in der Behördensprache als „Entwicklungsgebiete“. Wie die überseeischen Entwicklungsländer bedürfen sie besonderer Förderung, aber im Gegensatz zu diesen sind sie nicht unterentwickelt, sondern in gewisser Hinsicht sogar überentwickelt. Es handelt sich bei diesen heimischen Entwicklungsgebieten um große Teile Schottlands, Wales, Nordwest- und Nordostenglands, also gerade um diejenigen Landesteile, in denen die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts am stürmischsten verlief.

Lokale Konzentration der Industrie

Die britische Industrie wurde damals auf der Kohle aufgebaut, und in den genannten Gebieten befanden sich die größten Kohlevorkommen. Hier, über den Kohlenlagern oder in ihrer unmittelbaren Nähe, wuchsen die großen britischen Industrien des 19. Jahrhunderts empor. Die Eisen- und Stahlindustrie konzentrierte die Schwereisenproduktion in Schottland und an der Nordostküste Englands und die Stahl- und Weißblecherzeugung in Südwales. Die Baumwollindustrie siedelte sich in Lancashire an, die Wollindustrie in Yorkshire, der Schiffbau vor allem an der Nordostküste, am Unterlauf des Clyde (in Westschottland) und im frachtgünstig auf der anderen Seite des Nordirischen Kanals gelegenen Belfast (in Nordirland).

Eine solche lokale Konzentration und Spezialisierung hatte viele Vorteile, von denen billige Kohle nur einer war; ein großes Reservoir geschulter und ungeschulter Arbeitskräfte und der Fortfall kostspieliger Inlandstransporte vom Erzeuger zum Verarbeiter und zum Ausfuhrhafen waren nicht weniger wichtig. Aber die Zusammenballung ganzer Wirtschaftszweige in einigen wenigen Industriestädten erwies sich als ein gefährlicher Nachteil, als ihr ursprünglicher Grund — die billige Kohle — verschwand, und England, einst die Werkstatt der Welt, sich scharfem Wettbewerb gegenüber sah.

Strukturprobleme

Bald nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 wurde klar, daß es sich hier nicht um ein reines Konjunkturproblem handelte und daß strukturelle Reformen erforderlich waren. Kohlenbergbau und Stahlindustrie konnten nie ihre alte Weltstellung zurückerobern. Im Schiffbau machte sich die Kontraktion des Welthandels bemerkbar. Die Baumwollindustrie mußte ihren

Auslands- und sogar ihren Inlandsmarkt größtenteils den Fabrikanten in Indien und Japan abtreten. Nordirisches Leinen wurde durch Kunstfasern ersetzt, Leder durch Kunststoffe, Schiefer und Steine durch Beton. Ganz neue Produktionszweige entstanden, ließen sich aber nicht in den alten Industriegebieten nieder. Diese waren von den großen Konsumzentren zu weit entfernt, lagen nicht im Lastwagenradius von London und Birmingham und waren auch in bezug auf Fachkräfte und Grundstoffe für die schnell wachsenden jungen Wirtschaftszweige im Nachteil.

Geographische Verteilung der britischen Bevölkerung (in 1000)

Gebiet	1911	1921	1939	1951	1960
Schottland	4 760	4 883	5 007	5 097	5 238
<i>davon Glasgow und Umgebung</i>	<i>1 638</i>	<i>1 783</i>	<i>1 783</i>	<i>1 758</i>	<i>1 802</i>
Nordirland	1 251	1 257	1 295	1 371	1 419
<i>davon Belfast</i>	<i>387</i>	<i>415</i>	<i>439</i>	<i>444</i>	<i>434</i>
Wales	2 421	2 656	2 465	2 599	2 629
Nord- und Nordostengland	2 815	3 020	3 003	3 141	3 246
<i>davon Newcastle und Umgebung</i>	<i>761</i>	<i>816</i>	<i>825</i>	<i>836</i>	<i>855</i>
Nordwestengland	5 793	6 023	6 237	6 447	6 543
<i>davon Liverpool und Umgebung</i>	<i>1 157</i>	<i>1 263</i>	<i>1 357</i>	<i>1 382</i>	<i>1 387</i>
<i>Südostlancashire</i>	<i>2 328</i>	<i>2 361</i>	<i>2 421</i>	<i>2 423</i>	<i>2 423</i>
Mittel- und Südyorkshire	3 564	3 731	3 976	4 097	4 170
Mittel- und Südengland	21 477	22 457	25 779	27 475	29 167
<i>davon Groß-London</i>	<i>7 256</i>	<i>7 488</i>	<i>8 728</i>	<i>8 348</i>	<i>8 210</i>
<i>Birmingham und Umgeb.</i>	<i>1 634</i>	<i>1 773</i>	<i>2 079</i>	<i>2 237</i>	<i>2 309</i>
Großbritannien und Nordirland insgesamt	42 081	44 027	47 762	50 227	52 412

Industrie und Bevölkerung tendierten daher nach dem Süden und vor allem in die Ballungsräume Südost- und Mittelenglands. In den Bergbaubezirken von Südwales und in Nordschottland nahm die Bevölkerung ab; in Nord- und Nordostengland wurde die Abwanderung durch günstige Sterblichkeitsziffern ausgeglichen, führte aber zu einer ungünstigen Altersverteilung. Währenddessen wuchs die Bevölkerung im Süden, vor allem in Groß-London und Westmittelengland, denn die Landbevölkerung strömte gleichzeitig in die Städte (von 1921 bis 1939 sank die Einwohnerzahl der Landkreise in England und Wales von 7 851 000 auf 7 277 000). Naturgemäß waren es die jüngeren, beweglicheren und unternehmungslustigen Kräfte, die aus den immer mehr als Notstandsgebiete erkennbaren Teilen Nordenglands, Schottlands und Wales abwanderten. Trotz des Abflusses überschüssiger Arbeitskräfte stellte sich jedoch das wirtschaftliche Problem dieser Gebiete hauptsächlich als ein Arbeitslosenproblem dar und wurde zuerst ausschließlich als ein solches bekämpft.

Gesetzliche Förderungsmaßnahmen

Im Jahr 1934, zu einer Zeit also, da sich in anderen Teilen Großbritanniens die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung bemerkbar machten, erließ der Gesetzgeber den Special Areas (Development and Improvement) Act, der 1937 ergänzt wurde. Für die „Sondergebiete“ Südwales, Westcumberland, die Nordostküste Englands und das Clyde-Tal in Schottland, durchweg Gebiete, in denen mehr als ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung erwerbslos war, wurden „Sonderkommissare“ ernannt. Gemeinnützige Bodengesellschaften bauten und verpachteten Fabriken, und die Regierung gab industriellen Unternehmen Kredite und Zuschüsse. Soweit sich ausländische Fabrikanten in Großbritannien niederlassen wollten, wurde ihnen eine Lizenz nur in den „Sondergebieten“ erteilt.

Gleichzeitig wurde aber die Abwanderung von Arbeitskräften nach anderen Landesteilen begrüßt, obwohl sie die demographischen Probleme nur verschärfen konnte. Die Arbeitslosigkeit nahm denn auch langsam ab, doch war das Problem keineswegs gelöst und erforderte sofort nach Kriegsende neue Regierungseingriffe. Durch den Distribution of Industry Act von 1945 wurden die „Sondergebiete“ in „Entwicklungsgebiete“ umbenannt und erweitert; die Vollmachten der Kommissare für Fabrikbau und -verpachtung gingen auf das Board of Trade über. Land für industrielle Entwicklung konnte, nötigenfalls zwangsweise, erworben werden. Die örtlichen Behörden erhielten Bauzuschüsse für Facharbeiterwohnungen. Die örtlichen Versorgungsbetriebe wurden auf Regierungskosten verbessert. Das Schatzamt wurde zu Anleihen und Zuschüssen an Unternehmen in diesen Gebieten, die sich auf normalem Weg nicht finanzieren konnten, ermächtigt.

Die Entwicklungsgebiete wurden auch in der Rohstoffzuteilung und in bezug auf die in den ersten Nachkriegsjahren wichtigen Fabrikbaulizenzen mit Vorrang behandelt. Diese Vorteile verloren aber allmählich an Bedeutung, als die Rohstoffbewirtschaftung abgebaut wurde, die Erteilung von Baulizenzen in den fünfziger Jahren eine Formalität wurde und leistungsfähige Firmen auch in anderen Landesteilen Bankkredit ohne Schwierigkeiten erhalten konnten. Die Bauzuschüsse glichen allgemein die höheren Transportkosten nicht mehr aus. Andererseits kam der zunehmende Arbeitskräftemangel in Süd- und Mittelengland den Entwicklungsgebieten zugute; die Arbeitslosigkeit war kein regionales Problem mehr, hielt sich aber hartnäckig in kleineren Bezirken.

Nachdem durch den Distribution of Industry (Industrial Finance) Act von 1958 ein im ganzen vergeblicher Versuch unternommen worden war, das Problem durch vorzugsweise Kreditgewährung an Firmen in Gebieten mit einer jährlichen Durchschnittsarbeitslosigkeit von mindestens 4% zu lösen, entschloß sich die britische Regierung deshalb zu einer wesentlichen Änderung der Hilfsgesetze. Der Local Employment Act von 1960 löste alle früheren Gesetze ab und beschränkte die Regierungseingriffe auf kleinere „Ent-

wicklungskreise“, in denen insgesamt 12% der arbeitenden Bevölkerung wohnten, verglichen mit 20% in den früheren „Entwicklungsgebieten“. Es waren dies: Bishop Auckland, Scarborough, Sheerness, Skegness, Sunderland, Whitby und Südost-Tyneside (sämtlich in Nordostengland), eine ganze Reihe von Städten und Grafschaften in Schottland und Wales, das Gebiet an der Merseymündung und Westcumberland (in Nordwestengland) und das Herzogtum Cornwall (in Südwestengland).

Vollmachten des Board of Trade

Gleichzeitig wurde das Board of Trade, in dem nun alle Hilfsmaßnahmen, auch finanzieller Art, konzentriert wurden, aber ermächtigt, nach Bedarf neue Entwicklungskreise zu bestimmen, ohne daß dafür eine Mindestarbeitslosenziffer ausbedungen wurde. So wurden später die Hafenstädte Plymouth und Hull einbezogen, einige andere Bezirke aber ausgeschlossen, nachdem dort die Arbeitslosigkeit unter 2% gesunken war. Das Board of Trade kann weiterhin auch Hilfe in benachbarten Ortschaften geben, den Bau von Auffangstädten für den Bevölkerungüberschuß unterstützen und bereits in Aktion treten, wenn erhöhte Arbeitslosigkeit, etwa aus Saisongründen, droht, aber noch nicht eingetreten ist. Das neue System arbeitet daher elastischer.

Außerdem ist das Board of Trade ermächtigt, in Entwicklungskreisen nicht nur Anleihen für den Bau von Industrieanlagen zu geben, sondern auch bis zu 85% des den Kostenvoranschlag übersteigenden Baukosten teils selbst zu tragen. Kreditsuchende Unternehmen brauchen nicht mehr zu beweisen, daß ihnen andere Finanzquellen nicht offenstehen, sondern können über die Anleihen für den Fabrikbau hinaus fest mit einem Kapitalkredit rechnen. Die Grundstücksgesellschaften wurden durch drei zentrale Industrie-Grundstücksverwaltungen für ganz England, Schottland und Wales abgelöst, die unter direkter Kontrolle des Board of Trade stehen. Wichtig ist vor allem, daß der neuen Gesetzgebung zufolge die Lizenzerteilung für industrielle Vorhaben, die Neubauten mit einer Bodenfläche von mehr als 450 qm erfordern, in vollbeschäftigten Landesteilen strenger gehandhabt wird. Besondere, aber ähnliche Hilfsmaßnahmen wurden in Nordirland ergriffen.

Rationalisierungspläne für notleidende Wirtschaftszweige

Vor diesem neuen, geographisch konzentrierten Angriff auf das Problem der Arbeitslosigkeit wurden mit direkter oder indirekter Regierungshilfe umfassende Rationalisierungspläne für die überalterten, unterbeschäftigten Wirtschaftszweige ausgearbeitet, die ebenfalls den Entwicklungsgebieten zugute kommen und auf lange Sicht gewiß nicht weniger wichtig sind. Im Kohlenbergbau sind seit der Verstaatlichung viele unrentable Gruben geschlossen und die verbleibenden mechanisiert worden. Nachdem zunächst Bergarbeiter entlassen werden mußten, werden sie seit Mitte 1960 in den meisten Revieren wieder eingestellt.

In der privaten Baumwollindustrie erfolgt seit 1959 eine ähnliche Rationalisierung gemäß einem Gesetz, das Regierungsschädigung für Verschrottung alter Maschinen mit Finanzhilfe für die Anschaffung moderner Ausrüstungen verbindet; auch hier hat sich die Rationalisierung durchaus günstig ausgewirkt. Die entlassenen Arbeiter wurden in beiden Industriezweigen finanziell entschädigt und soweit wie möglich umgeschult. Eine Konzentration, die weitere Arbeitskräfte freisetzt, ist auch im Schiffbau unumgänglich, wo die Beschäftigtenzahl noch bei weitem nicht so stark gesunken ist wie Produktion und Auftragseingang, und bei den Eisenbahnen, die vor allem auch in den Entwicklungsgebieten mehr Arbeitskräfte beschäftigen, als wirtschaftlich gerechtfertigt ist.

Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen

Sektor	Insgesamt 1951	in Prozent von 1951		
		1955	1959	1962
Land- u. Forstwirtschaft	807 000	91	83	78
Kohlenbergbau	780 000	101	97	83
Chemie	486 000	107	113	114
Metallerzeugung	554 000	104	102	107
Schiffs- u. Schiffsmaschinenbau	306 000	103	100	89
Maschinenbau u. Elektrotechn.	1 590 000	113	118	126
Fahrzeugbau	1 032 000	118	120	123
Textilien	1 111 000	93	82	78
Bekleidung	705 000	95	91	95
Papier u. Druck	528 000	106	112	123
Bauwirtschaft	1 354 000	104	108	115
Verkehr	1 751 000	98	96	96
Handel	2 181 000	110	119	123
Beschäftigte insgesamt ¹⁾	21 171 000	104	106	110

¹⁾ Streikkräfte ausgenommen.

Demgegenüber schaffen die neuen, hochmodernen Werke in alten Industriezweigen, wie die hochautomatisierten Stahlwerke in Motherwell und Ravenscraig (Schottland), Middlesborough (Nordostengland) und Shotton (Nordwales), sowie die Anlagen zur Ausnutzung vorhandener Naturschätze, wie die Wasserkraftwerke im schottischen Hochland und die in Bau befindliche Untergrund-Kohlevergasungsanlage in Ostschottland, so wertvoll sie in anderer Hinsicht sind, wenig neue Arbeitsplätze. Beim Erlaß des Local Employment Act war deshalb der Wunsch bestimmend, ganz neue Produktionszweige in die hilfsbedürftigen Gebiete zu ziehen; denn Rationalisierung und Modernisierung der alten Industriezweige allein können, wie die Nachkriegserfahrung bestätigt, keine ausreichende Beschäftigungsgrundlage bilden. Sie müssen im Gegenteil zur Sicherung ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit mit weniger Arbeitskräften auskommen.

Beschäftigung und Durchschnittseinkommen

In Anbetracht aller Umstände ist es daher nur natürlich, daß die Entwicklungskreise noch immer eine verhältnismäßig hohe Arbeitslosenzahl aufweisen, wie die folgenden Ziffern für den 10. September 1962 zeigen. In Schottland leiden Greenock und Port Glasgow (mit einer Arbeitslosenzahl von 7,4% der arbeitsfähigen Bevölkerung), Stranraer (7,2%), Lesmahagow (7,1%), Bathgate, Broxburn und The Calder (7,0%), North Lancashire (6,5%) und Dumbarton (6,3%) am meisten; verschiedene andere wichtige Plätze haben

Kohle

...weil's
vernünftig
ist!

Kohle ist und bleibt unsere wichtigste
Energie- und Wärmequelle!

Kohle

...weil's
vernünftig
ist!

Kohle ist immer greifbar, immer
wirtschaftlich, immer im Land!

Kohle

...weil's
vernünftig
ist!

Kohle bietet Sicherheit auf lange Sicht
- auch für Ihr Unternehmen!

4S 15

Informationen erteilt die
Ruhrkohlen-Beratung GmbH, Essen

RUHRKOHLE

annähernd 6 % Arbeitslosigkeit. In Wales zeigen das entlegene Milford Haven und Pembroke Dock (10,7 %), die Insel Anglesey (8,1 %) und das wichtige Kohlenrevier des Rhondda-Tals (5,9 %) hohe Arbeitslosenziffern. In Nordwestengland sind nur noch Merseyside und Prestcöt (4,8 %) stärker in Mitleidenschaft gezogen. Dagegen ist in Nordostengland die Arbeitslosigkeit noch hoch in Seaton Delaval (8,4 %), Hartlepoons (6,7 %), südlich der Tynemündung (5,9 %) und in Sunderland (5,7 %). In Südwest-Yorkshire ist nur die unbedeutende Ortschaft Gunnislake (10,2 %) hart getroffen. Im Durchschnitt liegt die Arbeitslosigkeit in den Entwicklungskreisen bei 5 %, in Großbritannien als ganzem aber bei 2,1 %.

Durchschnittslöhne und Arbeitslosigkeit nach Gebieten

Gebiet	Durchschnittlicher Wochenverdienst April 1962			Arbeitslosigkeit 10. 9. 1962 (in %)		
	verarb. Industrie	Industrie insgesamt		männlich	weiblich	insges.
	s.d.	sd.	in % von 1960			
London und Südostengland	343/3	331/6	113,9	1,5	0,8	1,2
Süd- u. Ostengland	339/9	317/5	111,8	1,6	0,9	1,4
Südwestengland	307/8	291/6	113,7	1,8	1,2	1,6
Mittelengland	335/5	326/10	109,9	1,9	1,2	1,6
Yorkshire und Lincolnshire	306/9	301/9	111,1	1,9	1,3	1,7
Nordwestengland	309/11	304/4	111,9	3,1	2,2	2,8
Nord- und Nordostengland	314/1	302/8	110,9	4,2	2,9	3,8
Schottland	293/9	285/11	110,5	4,4	2,9	3,8
Wales	337/7	315/8	110,3	3,3	2,9	3,2
Nordirland	258/8	247/6	109,0	7,6	5,8	6,9
Insgesamt	323/10	312/10	110,9	2,4 ¹⁾	1,5 ¹⁾	2,1 ¹⁾

¹⁾ Ohne Nordirland.

Hohe Arbeitslosenzahlen sind jedoch keineswegs die einzigen Symptome wirtschaftlicher Schwäche. Ein Lohnvergleich zwischen den verschiedenen Landesteilen zeigt bemerkenswerte Unterschiede, und zwar liegen nicht nur die Durchschnittslöhne in den Gebieten mit höherer Arbeitslosigkeit durchweg niedriger, sondern das Mißverhältnis steigert sich sogar noch. Niedrigere Löhne werden zwar zum Teil durch niedrigere Mieten (bei erhöhtem Heizbedarf im Norden) und niedrigere Preise ausgeglichen, spiegeln sich aber andererseits in einer erzwungenen Vernachlässigung nicht unbedingt erforderlicher Ausgaben, auch seitens der örtlichen Organe, wider. Diese Tatsache läßt sich nicht statistisch belegen, ist aber den Soziologen wohl bekannt. Diese sprechen von zwei Nationen im Land, womit sie nicht mehr den allmählich verschwindenden Unterschied zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft meinen, sondern die Kluft zwischen dem Wohlstand in Süd- und Mittelengland und der Stagnation im Norden und in Schottland, Wales und Nordirland.

Die finanziellen Aufwendungen

Auch der Local Employment Act von 1960 hat diesen sozialen Unterschied nicht aus der Welt geschafft, doch sind die bisherigen Erfolge einigermaßen ermutigend. Im ersten Jahr seiner Wirksamkeit wurden 50,541 Mill. £ für die Entwicklungskreise ausgegeben,

davon 25,236 Mill. £ in Schottland (in Glasgow und Umgebung allein 24,516 Mill. £), 13,479 Mill. £ im Mersey-Mündungsgebiet und 6,287 Mill. £ in Süd-wales. Die wichtigsten unterstützten Industriezweige waren der Kraftfahrzeugbau, der 35,817 Mill. £ vornehmlich für neue Fabriken in Schottland erhielt, der Maschinenbau (9,185 Mill. £), das Textil- und Bekleidungs-gewerbe (1,840 Mill. £) und die Möbelindustrie (400 000 £). Man schätzt, daß auf diese Weise mit Regierungshilfe 57 400 Personen in einem Jahr Beschäftigung erhielten, was einem Aufwand von 880 £ je Arbeitsplatz entspräche.

In diesem ersten Jahr wurden Lizenzen für 62 neue Fabriken oder Anbauten zur Verpachtung und für 12 Fabriken zum Verkauf gegen Ratenzahlung erteilt; in 108 anderen Fällen erhielten Privatfirmen finanzielle Hilfe. Im zweiten Arbeitsjahr sind die Behörden noch einen Schritt weitergegangen, indem sie neue Fabriken bauten, noch bevor sie Mieter oder Käufer für diese gefunden hatten, und zwar nicht nur Hallen mit 900—1800 qm Bodenfläche, wie zuerst, sondern Gebäude mit einer Größe bis zu 4500 qm, die später erweitert werden können. Bis zum 30. September dieses Jahres waren 340 Projekte genehmigt und zum größten Teil in Angriff genommen worden, die einen Kapitalaufwand aus öffentlichen Mitteln von 74,4 Mill. £ erforderten; davon waren 42 Mill. £ allein für Schottland bestimmt. Vor kurzem wurde angekündigt, daß in Westschottland und Nordostengland weitere Grundstückskomplexe zur industriellen Entwicklung vorgesehen sind, und zwar in West Lothian, Newhouse, Dumbarton und Glasgow sowie in Aycliffe, Chester-le-Street (einem neuen Entwicklungskreis), Hartlepoons, Blaydon und Sunderland. Gleichzeitig wird der Aufwand für den sozialen Wohnungsbau, für Schul- und Krankenhausbauten und vor allem für Autobahnen erhöht, um den Zeitaufwand für Transporte nach dem Süden zu verringern; ein ähnliches Ergebnis verspricht man sich von der Reorganisation der Eisenbahn.

Langfristige Planung

Es ist aber anzunehmen, daß sich der Drang nach dem Süden noch verstärken wird, wenn Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitrifft, wie auch der Bau von Autobahnen und Industriezentren um die großen Ölraffinerien neue Ballungsräume außerhalb der Entwicklungsgebiete schafft. Der Bau von geplanten neuen Städten erschwert ebenfalls die Wiederherstellung gesunder sozialer Verhältnisse in den jahrzehntelang vernachlässigten alten Industrie- und Hafenplätzen.

Kritiker der jetzigen Politik glauben deshalb, daß die Erweiterung der industriellen Basis nur der erste Schritt sein kann. Ihr muß ein Ausbau von Verwaltung, Verteilung, Erziehung und anderen öffentlichen Diensten unmittelbar folgen, und dieser steht die Aufsplitterung der zu unterstützenden Gebiete in kleine Entwicklungskreise im Wege. Die Zentralisierung aller wichtigen Regierungsämter in London erweist sich ebenfalls als Nachteil für den Norden und

Westen. Wenn das Problem der Entwicklungsgebiete schneller gelöst werden soll, muß langfristiger Planung auch im Sozialsektor, den Möglichkeiten der Großraumbwirtschaft und den Rückwirkungen anderer wirtschaftspolitischer Entscheidungen (z. B. in der Ver-

kehrspolitik) auf die Entwicklungsgebiete mehr Beachtung geschenkt werden. Nur in einem der ursprünglichen Entwicklungsgebiete, Nordwestengland, kann das Problem bisher als wirklich gelöst betrachtet werden.

Gefährliche Verstaatlichung der italienischen Elektrizitätswirtschaft

Dr. Gioachino Fraenkel-Haerberle, Rom

Das italienische Börsenbarometer zeigt seit einiger Zeit „schlechtes Wetter“ an. Die Börsenstimmung ist durch betonte Zurückhaltung gekennzeichnet, die zu fühlbaren Abgaben Anlaß gegeben hat. Die Orders gehen bei der seit Monaten gedrückten Haltung nur zögernd ein. Der Mailänder Börsenindex ist von rund 10 500 Punkten Ende 1961 (1938 = 100) auf etwa 9200 Punkte Anfang September 1962 gefallen.

Die unbefriedigende Börsenentwicklung ist nicht auf ökonomische Gründe zurückzuführen. Die italienische Wirtschaft läuft auf vollen Touren: Produktion, Sozialprodukt, Lebensstandard und Volkseinkommen steigen in einem früher nie gekannten Tempo, die Lira ist bei der ständigen Zunahme der Gold- und Währungsreserven zu einer harten Währung geworden. Verantwortlich für den Börsentrend ist allein die politische Entwicklung, die im Zeichen der Überführung der Elektrizitätswirtschaft in öffentliches Eigentum für die Zukunft eine stärkere Ausrichtung des wirtschaftspolitischen Kurses an planwirtschaftlichen Grundsätzen voraussehen läßt.

Die politische Argumentation

Die Diskussion über die Verstaatlichung der stromproduzierenden Privatunternehmen erhitzt bereits seit einigen Jahren die Gemüter. Geht es doch um die Enteignung eines Vermögenskomplexes, der unter Ausschluß der Selbstverbraucher und unter Berücksichtigung der im Bau befindlichen Anlagen (im Werte von etwa 1050 Mrd. Lire) und anderer Aktivposten für 1961 von privater Seite auf einen Nettowert von rund 5000 Mrd. Lire (rd. 37 Mrd. DM) geschätzt wird.

Im Jahre 1959 scheiterte an diesem Petition die zweite Regierung Fanfani, die es auf ihre Fahne geschrieben hatte. Damals wurde der Antrag offiziell „ad acta“ gelegt, stand aber weiterhin zur Debatte, und zwar je nach der offiziellen politischen Windrichtung einmal mehr, einmal weniger im Vordergrund.

Daß diese Diskussion nun wieder an die erste Stelle getreten ist, hat folgenden Grund: Im Anschluß an die letzte Regierungskrise sah sich die Democrazia Cristiana nach Verbündeten um, die bereit waren, sie beim Aufbau der für die Regierungsbildung erforderlichen parlamentarischen Mehrheit zu unterstützen.

Aus dem Wunsche, mit den rechtsextremen Parteien kein Bündnis mehr einzugehen, entschloß sich die Democrazia Cristiana zum Experiment einer „Aper-

tura a sinistra“, einer „Öffnung nach links“; sie gab damit einer Lösung den Vorzug, die von ihrem linken Flügel bereits seit längerem befürwortet worden war. Die zur Mitarbeit aufgeforderten Parteien der Linken und der „linken Mitte“ sahen endlich den Moment gekommen, alle ihre Forderungen und Ansprüche durchzusetzen. Von Nenni, dem Generalsekretär des der italienischen kommunistischen Partei nahestehenden Partito Socialista Italiano (PSI), wurde u. a. ein Entgegenkommen in der Nationalisierungsfrage als eine „*Conditio sine qua non*“ für eine Unterstützung der Christlich-Demokratischen Partei angesehen. In diesem Sinne reagierten auch der Partito Repubblicano Italiano (PRI) unter seinem Generalsekretär Reale und der Partito Social-Democratico Italiano (PSDI) unter Saragat. Die beiden letztgenannten Parteien sind nunmehr in der Regierung vertreten, während der PSI sich vorsichtigerweise herausgehalten hat.

Die „Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft“ ist also einer der Hauptpunkte im Programm der derzeitigen Regierung Fanfani. Mag sein, daß es sich hierbei um ein echtes Anliegen handelt. Tatsache ist auf jeden Fall, daß sich dieses Postulat bisher eher als ein Schlagwort präsentiert hat, das durch die Prägnanz seiner Formulierung dazu dienen soll, die mangelnde sachliche Abgrenzung des darin enthaltenen Sinngehalts zu verschleiern.

Dies geht schon allein aus den im Zusammenhang mit dem Petition vorgebrachten Begründungen hervor, die bei näherem Zusehen recht fadenscheinig sind. „Das einzige Mittel zur Bekämpfung des Neokapitalismus besteht darin, ihm die Kollektiv-Planwirtschaft gegenüberzustellen“, verkündete der sozialistische Abgeordnete Riccardo Lombardi am 17. März 1961 auf dem 34. Kongreß des PSI. Daß die italienischen Sozialisten noch so doktrinär sind, in den Gedankengängen der marxistischen Schule zu verharren, da diese doch in anderen Ländern bereits als mit dem derzeitigen Wirtschaftssystem nicht mehr vereinbar erkannt worden sind, dürfte allerdings einigermaßen nachdenklich stimmen.

Die Erfahrungen der SPD in Deutschland und die der Labour-Partei in England haben offenbar nichts gefruchtet. „Ich glaube, die Hauptschwäche der Nationalisierung“ — schreibt der Labourabgeordnete Gaitzell in seiner Schrift „Socialism and Nationalisation“ (The Fabian Society, London, 1957) — „liegen nicht so sehr in der Ausschaltung des unternehmerischen